

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt Morgen - Ausgabe

Ersteilung... 75 Pf. monatlich... Preis für den Ausland...

Abbestellung... SW. Jerusalemstraße 46/49... Telefon: 1011-1014.

Des Kaisers Neujahrsvorlesung.

Wir haben schon erwähnt, daß der Kaiser am 2. Januar nach dem Diner der kommandierenden Generale an diese eine militärisch-jadische Ansprache gehalten und einen politischen Artikel vorgelesen habe.

Der Artikel enthält zunächst eine Darstellung der militärisch-technischen und tatsächlichen Fortschritte bis zur Gegenwart und wendet sich dann der letzten Vorgänge in der internationalen Politik geschehenen Wege zu.

Der gewaltige Aufschwung seiner Industrie und seines Handels hat Deutschland einen weiteren unvorstellbaren Feind eingebracht. Der Haß gegen den früher beachteten Konkurrenten läßt sich weder durch Versicherungen aufrichtiger Freundschaft noch durch herzliche Sympathie mildern noch durch aufreizende Worte verschärfen.

Der Ausfall schließt mit den folgenden Worten: Trotz der soviel günstiger gewordenen Lage scheinen die Feindseligkeiten immer noch nicht zu den Waffen führen zu wollen. Die vielen Bedenken sind noch nicht beseitigt. Auch nach der Trennung wird Österreich wie Deutschland noch immer zu Haß. Sie sollen zunächst durch einen Zwischfall geschwächt werden.

Man wird bei ruhiger Erwägung diesen Standpunkt des Kaisers schiefen nicht teilen können, ja, man wird zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die in dem Artikel enthaltenen politischen Ausführungen recht ungeschickt und verkehrt seien.

Erörterungen gestellt hat, wenn er auch durch seine entleitenden Bemerkungen, durch den Hinweis auf den militärischen Wert der Ausführungen den politischen Schluß eine Abwägung zu geben verucht hat.

Wer das Geld verteilen soll.

Die kirchliche Unerschämtheit sondergleichen macht sich in einem schieflichen ultramontanen Organ breit. Überall in Deutschland regt sich der hilflose Sinn aller Kreise ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses für die Überlebenden der jüngsten Erdbebenkatastrophe in Italien.

Die kirchliche Katastrophe in Sizilien und Kalabrien wird auch in Deutschland die Zeitungsredaktionen veranlassen, Geldbitten zur Hilfeleistung zu sammeln. Bezüglich der Frage, wie dann die gesammelten Summen ihrem Zwecke zugeführt werden sollen, sei der Vorschlag erlaubt, daß alles, sei es unter Verwaltung der päpstlichen Nuntiatur zur Verwirklichung, sei es direkt an die Bischöfe der von dem Erdbeben heimgesuchten Bezirke eingesamlet werde.

Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß schon das bloße Auffreten eines so wichtigen Vorschlags geeignet ist, die Gehörlosigkeit in den weitesten Kreisen zu erfordern. Schon der Gedanke, daß auch nur ein Bruchteil der gesammelten Spenden dem italienischen Klerus in die Hände gespielt werden könnte, muß lächelnd auf die allgemeine Hilfsbereitschaft einwirken.

Der ganze Vorschlag wirkt durch seine kirchliche Unerschämtheit ebenso abstoßend, wie er lächerlich wirkt durch den Hinweis auf die „Bemittelung“ der päpstlichen Nuntiatur bei Überbringung der Hilfsspenden.

Der ganze Vorschlag wirkt durch seine kirchliche Unerschämtheit ebenso abstoßend, wie er lächerlich wirkt durch den Hinweis auf die „Bemittelung“ der päpstlichen Nuntiatur bei Überbringung der Hilfsspenden.

Der ganze Vorschlag wirkt durch seine kirchliche Unerschämtheit ebenso abstoßend, wie er lächerlich wirkt durch den Hinweis auf die „Bemittelung“ der päpstlichen Nuntiatur bei Überbringung der Hilfsspenden.

Der Kaiser

verteilt die nächsten fünf oder sechs Tage in Gedenkstücken.

Staatsohnungen.

Zu den Vorklagen, die dem Antrage im laufenden Quartal angehen werden, gehört der Entwurf betreffs die Verteilung weiterer Mittel zur Errichtung von staatlichen Beamtenwohnhäusern.

Staatseigene Wohnungen aus diesen Mitteln errichtet worden. Der neue Entwurf wird wie die früheren zur private Baugenossenschaften und Beamtenwohnungsvereine zum Bau für Beamtenwohnungsgründe Mittel barlosweise bereitstellen; bisher sind 40 Millionen für solche Darlehen ausgeben worden.

Lehrerinnen und Telephonistinnen.

Die neue Besoldungsordnung legt die Mietsentfädigung für die Lehrerinnen der Städte erster Klasse auf 540 Mark fest, einen Betrag, wie ihn die Telephonistinnen, die in demselben Lebensalter zur Anstellung gelangen, schon seit einer Reihe von Jahren, als Wohnungsgeldzuschuß beziehen. Für diese Beamtinnen, die unter Umständen mit den Rentnieren einer Schule für den ersten Volksschulklasse angestellt werden können, wird nach der neuen Ordnung der Wohnungsgeldzuschuß erhöht, den Lehrerinnen aber nach sechsjähriger Vorberereitung, und mehrjähriger Vorklasse erst der Betrag zuerkannt, der den Telephonistinnen bei weitem nachsteht.

Geld und die Licht- und Kraftsteuer.

In der zweiten heftigen Kammer richteten gestern, wie aus Darmstadt gemeldet wird, Abgeordneter Paenkecher und Genossen eine Anfrage an die Regierung wegen ihrer Stellungnahme zur Gas- und Elektrizitätssteuer im Bundesrat. Staatsminister Grawald antwortete, obgleich die Mängel der Verbrauchssteuer einseitig mit einer Steuer zu beheben, grundsätzlich beabsichtigt, sie zu heben, doch das unabweisbare Bedürfnis des Reiches nach Erhaltung neuer Steuern und der völlige Mangel an geeignetem Ersatz genötigt, den Vorschlag einer Gas- und Elektrizitätssteuer nicht von der Hand zu weisen.

„Der Tische laß man's anders.“

In Wien ist gestern, wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, der offizielle Text der Rede des kaiserlichen Ministers des Reiches in Wien am Sonntag als telegraphiert wurde, lautet die Stelle, gegen welche sich die Reklamation des österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Forzag wendet, folgendermaßen:

„Während Oesterreich-Ungarns erster Schritt am Balkan darin bestand, daß er das Volk zweier selbstigen Völker zu Slaven machte.“

Am offiziellen Text lautet dagegen die Stelle folgendermaßen: „Oesterreich-Ungarn, das die beiden großen bewohnten Provinzen sich zu eigen gemacht hat.“

Zur kaiserlichen Ministerliste.

Der offizielle Text lautet daher ganz anders als die telegraphierte Stelle. Es mag sein, daß dies nachträglich hineingeschrieben worden ist. Allein für den friedlichen Verlauf der Reklamation des österreichisch-ungarischen Gesandten ist es von der größten Bedeutung, daß der offizielle Text die bescheidenden Ausdrücke nicht in solcher Weise enthält hat, wie sie im telegraphierten Text mitgeteilt worden sind.

Paris, 5. Januar. Ministerpräsident Clemenceau stellt das Zeitungsgesetz von Weimungsoberaufsicht unter den Ministern in aller Form in Abrede.

Weking, 5. Januar. Meldung des Reicherschen Bureau. Staatsrat hat sich mit seiner Familie nach seiner Heimatstadt begeben.

Das Handwerk im Jahre 1908.

Noch immer wird die Öffentlichkeit zu wenig über die jeweilige Lage des Handwerks unterrichtet. Großhandel und Großindustrie finden in der Presse eine viel stärkere Reklamation als Handwerk und Kleingewerbe. Was am Jahresabschluss an Rückblicken auf das vergangene Jahr durch die Presse geht, sind Stimmen aus dem Kreise der Industrie und des Großhandels. Und doch hat auch das wirtschaftliche Gelingen des Handwerks einen Anspruch auf Beachtung. Spielt es doch in unserem Wirtschaftsleben noch der Zahl der Gewerbetreibenden und ihrer Angehörigen gemessen, eine äußerst wichtige Rolle.